

Paroli

Linke Blätter für
Stadt, Landkreis
und Universität
Ausgabe Nr. 12
Juli 2010

Ein besserer Haushalt ist möglich

Linke: Arbeit, Kinderbetreuung und Haushaltsdefizit per Gewerbesteuererhöhung finanzieren

Am 25. Juni wurde der Marburger Haushalt 2010/2011 verabschiedet. Er ist fast so mangelhaft wie die früheren, deshalb hat die Marburger Linke ihn abgelehnt.

Es gab aber auch etwas Neues: Wegen einer Unstimmigkeit in der SPD wurden zwei Anträge der Marburger Linken angenommen. Ein Sozialplaner muss eingestellt werden, und die Ortsbeiräte bekommen einen Euro pro EinwohnerIn zu ihrer eigenen Verfügung.

Wenn künftig die Vernunft sich weiter durchsetzt, werden hoffentlich auch noch andere Vorschläge der Marburger Linken angenommen, die diesmal leider noch abgelehnt wurden.

Sie konzentrierten sich auf das, was für die Stadt wirklich wichtig ist: nicht Show, sondern Arbeitsplätze, Verbesserungen für die Benachteiligten und die Umwelt.

Ein Schwerpunkt liegt auf der kommunalen Beschäftigungsförderung. Es muss Schluss damit sein, dass die Stadt Aufträge vergibt, die von Hartz IV-Empfängern mit 1,50 Euro-Jobs erledigt werden. Stattdessen soll sie hierfür reguläre Arbeitsplätze schaffen.

Als die Marburger Linke vor einiger Zeit Geld für einen Ideenwettbewerb zur Versenkung der Stadtautobahn beantragte, wurde das abgelehnt. Inzwischen diskutiert die ganze Stadt darüber. Dann soll dafür aber auch das nötige Geld in den Haushalt eingestellt werden. Eine halbe Million wollte die Fraktion beim Stadtpass für die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs drauflegen. Richtig teuer wird es schließlich durch die Streichung der Kindergartengebühren, die mit fast 4 Mio. Euro zu Buche schlägt.

Wer soll das alles bezahlen?

In den letzten sieben Jahren lagen die Einnahmen aus der Gewer-

besteuer im Durchschnitt um 20 Mio. Euro höher als geplant. Auch dieses Jahr deuten sich bereits Einnahmeverbesserungen an. Durch Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer würden im laufenden Jahr 15,1 Mio. Euro zusätzlich in die Stadtkasse fließen, 2011 immerhin noch 13,5 Mio. So wäre die geplante Haushaltssperre von fünf Prozent für 2011 zu vermeiden.



▲ Auf ihrem Kreispartei tag wählte DIE LINKE am 19. Juni einen neuen Vorstand (vlnr.): Frank Regulski, Martin Krieger (Schatzmeister), Heidemarie Hoffmann, Jan Schalauske (Vorsitzender), Adnan Yildirim, Ingrid Michaelis-Braun, Halise Adsan und Henning Köster. Nicht auf dem Bild: Janis Ehling und Andrea Sollwedel.

Mehr Armut im Landkreis

Trotz neuer Arbeitsplätze boomt Zahl der Hartz-IV-Bezieher

„Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.“ Nach diesem Motto scheint der Kreisausschuss zu verfahren, wenn es darum geht, die Verbreitung von Armut im Kreisgebiet zu untersuchen. Einen Armutsbericht gibt es nicht. Ob die Politik von Schwarz-Grün-Gelb-Farblos mehr oder weniger Armut zu Folge hat, lässt sich so schwer nachweisen.

Über eine „Große Anfrage“ an den Kreisausschuss hat die Fraktion der LINKEN deshalb versucht, Licht in dieses Dunkel zu bringen. Sie fragte,

Auf Bundesebene hat die FDP gewaltige Steuererleichterungen für die Hoteliers durchgesetzt. Die Marburger Linke schlug vor, in Marburg eine Tourismusabgabe für jede Übernachtung in Höhe von zwei Euro zu erheben. Damit könnten dann die Zuschüsse für die Marburg Tourismus Marketing GmbH bezahlt oder soziale und kulturelle Zwecke gefördert werden. *Tanja Bauder*

Kommentar

Über die Verhältnisse gelebt

Die Katze ist aus dem Sack: Während im Kasino-Kapitalismus fröhlich weiter gewettet wird und bei Banken und Hedgefonds wieder die Sektkorken knallen, sollen die Kosten der Krise auf die kleinen Leute abgewälzt werden.

Wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, behauptet Kanzlerin Merkel, um die nationale Schicksalsgemeinschaft auf die Sparorgie einzuschwören. Da muss es erlaubt sein zu fragen, wer hier eigentlich über die Verhältnisse gelebt hat. Etwa der alleinerziehende Hartz IV-Empfänger, der künftig kein Elterngeld mehr erhalten soll? Oder die Leiharbeiterin, die sich für 6 Euro die Stunde abrackert, um am Ende des Monats feststellen zu müssen, dass das Geld vorne und hinten nicht ausreicht? Oder vielleicht die gesetzlich Krankenversicherten, die schon jetzt viele Medikamente und Behandlungen aus eigener Tasche bezahlen müssen? In der Bundesrepublik besitzen die oberen 10 Prozent der Bevölkerung fast Zwei Drittel des gesellschaftlichen Reichtums. Es sind die Manager von Banken und Konzernen, die sich die Taschen voll stopfen können und dafür noch im Kanzleramt Geburtstag feiern dürfen. Sie predigen den Ärmsten der Armen Wasser, während sie in gemütllicher Runde in steuererleichterten Hotelbetten Rotwein schlürfen.

Da hilft nur radikales Umsteuern. Es ist Zeit dafür zu sorgen, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, die solche Zustände hervorbringen, bald überlebt haben. *Jan Schalauske*

Fortsetzung S. 3

Schulden und Vermögen

Wer kennt sie nicht, die Schuldenuhr an der Zentrale des Bundes der Steuerzahler. Unaufhörlich steigt der Zähler. So rasant, dass selbst die Frontfrau der FDP im Europaparlament, Silvana Koch-Mehrin, bei „Hart aber Fair“ gewaltig ins Schleudern kam. Um den Faktor 30 verschätzte sich die studierte Ökonomin, als sie den Anstieg der Staatsschulden während der Sendung beziffern sollte.

Die Schuldenuhr zeigt allerdings nicht einmal die halbe Wahrheit. Noch rasanter als die Staatsschulden steigen die Geldvermögen der Reichen. 1,7 Billionen Euro Staatsschulden stehen 4,7 Billionen Euro an Geldvermögen aller privaten Haushalte gegenüber. Aller Haushalte? Mitnichten. Die reichsten 10 Prozent besitzen nahezu zwei Drittel dieser gigantischen Summe. Und brauchen keine Vermögenssteuer und so gut wie keine Erbschaftssteuer zu zahlen. Im Gegenteil: Dieses Geld ist trefflich geeignet, an den Staat verliehen zu werden, was leistungslose, stetig steigende Zinserträge hervorbringt. Zu zahlen von Otto Normalverbraucher.

In dieser Republik werden die öffentlichen Kassen dank einer Steuersenkungsorgie geleert. Zunächst Rot-Grün dann Schwarz-Rot und jetzt Schwarz-Gelb befreien die Wohlhabenden in unserem Land von der lästigen Pflicht, sich an der Finanzierung des Gemeinwesens angemessen zu beteiligen, um anschließend unter dem Diktat des Sachzwanges und der Schuldenbremse die Axt an den Sozialstaat zu legen. Dies geschieht nicht nur in Berlin, sondern auch in Marburg. Die Unternehmenssteuerreform von 2008 lässt vor allem den großen Gewerbesteuerzahlern in Marburg erheblich mehr Netto vom Brutto in den Kassen. Und was machen OB Vaupel und seine rot-grüne Koalition im Rathaus? Just in diesem Moment senken sie die Gewerbesteuer in Marburg. Es ist schwierig, darüber keine Satire zu schreiben. *Hajo Zeller*

Das Jahr ohne Haushalt

Das Jahr 2010 wird in die Marburger Stadtgeschichte als Kuriosum eingehen: das Jahr ohne Haushalt. Erst Ende April hat der Oberbürgermeister einen Etat-Entwurf zwecks Verabschiedung Ende Juni eingebracht, und bis alle Prozeduren – insbesondere die Genehmigung durch den Regierungspräsidenten – absolviert sind, dürfte der größte Teil des Jahres vergangen sein. Bis dahin werden Mittel nur nach der so genannten vorläufigen Haushaltsführung bewilligt: durch den Kämmerer, ohne Demokratie.

Der Grund für die Verzögerung ist allgemein bekannt: Nachdem die SPD-Fraktion 2009 ihren bishe-

rigen Vorsitzenden Reinhold Becker abgeschossen hatte, konnte Vaupel mehrere Monate nicht sicher sein, ob er noch über eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung verfügt. Da musste die Stadt eben so lange warten, bis die Sozialdemokraten wenigstens nach außen hin wieder mit sich im Reinen waren.

Weil das Jahr 2010 schon weitgehend abgefrühstückt war, wurde ein angeblicher Doppelhaushalt für die Jahre 2010/2011 eingereicht. Im Wesentlichen behandelt er aber nur 2011, dagegen ist 2010 eben ausgefallen.

Ende November 2009 hatte Vaupel behauptet, er könne den Etat-

Entwurf, den er schon im Oktober eingereicht hatte, nicht aufrecht erhalten, da wegbrechende Einnahmen für 2010 ein Katastrophe befürchten ließen. Im Ansatz für seinen Doppelhaushalt wird für dieses Jahr dann doch wieder ein Überschuss ausgewiesen. Deutlicher konnte der Oberbürgermeister sich nicht selber widersprechen.

Georg Fülberth

Wie nah kann Erholung sein?

Ockershausen und besonders der Stadtteil Stadtwald können sich glücklich schätzen. Denn unmittelbar vor der Haustür, im Westen Ockershausens, befindet sich ein schönes Naherholungsgebiet: „Drei Linden“. Man kann in Richtung Stadtwaldsiedlung Drachen steigen lassen – und viele tun dies. In die andere Richtung wandert man auf die Höhe zum „Rosengarten“, um den sich Sagen aus keltischer Zeit ranken. An klaren Tagen hat man den Blick frei bis zum Taunus und zum Dünsberg. Dieses auch von Marburgern stark frequentierte Erholungsgebiet ist leicht zu erreichen. Man nimmt die Buslinie 8 bis zur ehemaligen Kaserne und steht unmittelbar vor den Spazierwegen. Oder man fährt mit der 5 bis zur Haltestelle Gladenbacher Weg. Oder der Familienausflug führt per Auto hoch „auf Tannenbergl“. Dort gibt es an Wochenenden reichlich Parkplätze vor den ehemaligen Kasernengebäuden.

Die „Gemeinschaftsliste Ockershausen“ fordert nun, zusätzliche Parkplätze bei „Drei Linden“ einzurichten. Man weiß, dass dies nur noch mehr Autos anziehen würde. Nach dem Motto „Fastfood Natur“ könnte man dann werben: drive in, lauf mal ums Auto, mach ein Foto und drive out. Bemerkenswert in der Sitzung des Ortsbeirats Ende Mai war, dass der Vertreter der Grünen stillschweigend für diesen Antrag stimmte.

Das Gebiet ist gut erreichbar, es ist noch einigermaßen intakt. Für neue Parkplätze inmitten der Natur gibt es keinen Grund. Deshalb stimmte die Marburger Linke dagegen – leider als einzige.

Renate Bastian

Verdunkelungsgefahr

Auf Antrag der Marburger Linken wurde im November 2009 ein Aktenausschuss eingesetzt. Er sollte klären, wie es zum Abbruch des Hauses

Rosenstraße 9 im Auftrag der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) kam.

SPD und Grüne glänzen nicht durch Fleiß an den Akten. Manche Sitzungen fanden ohne die CDU statt. Ein Wink von oben?

FDP, Marburger Linke und Marburger Bürgerliste legten im Mai einen gemeinsamen Bericht vor. Aus ihm ergibt sich, dass die DVAG schon im Mai 2009 wusste, was sie wollte: Abriss. Der Magistrat hatte spätestens Ende Juni 2009 Kenntnis davon. Die Stadtverordnetenversammlung wurde auch danach noch im Unklaren gelassen. Dieser Bericht wurde niedergestimmt. Die Ausarbeitung der Koalition aber war so dürftig, dass sie sie in derselben Sitzung nicht zur Abstimmung zu stellen wagte. Dann schob sie ein vernebelndes Dokument nach.

Es besteht Verdunkelungsgefahr. In der Sitzung der Stadtverordne-



Foto: Nico Biver

tenversammlung im August wird die Opposition Licht in die Sache bringen. *Georg Fülberth*

Reinfried-Pohl-Stadt

Die neue Promenade zwischen Lahn und neuer DVAG-Zentrale (s.o.) wird Anneliese-Pohl-Allee getauft, nach der verstorbenen Frau des Firmengründers Reinfried Pohl. Während Pohl bereits 2006 wegen Gründung der DVAG und finanzieller Förderung der Uni zum Ehrenbürger ernannt wurde, wird seine Frau geehrt, weil sie dies unterstützt hat. Laut Antrag des Magistrats hat sie sich dafür eingesetzt, dass die DVAG ihren Sitz in Marburg hat, was der Stadt „erhebliche Gewerbesteuereinnahmen verschafft“. Die Marburger Linke stimmte gegen diesen Vorschlag und beantragte, Marburg in Reinfried-Pohl-Stadt umzubenennen.

Nico Biver

Geht's nicht mal ohne Drangsalierung?

Sanktionsmoratorium gegen Hartz-IV-Bezieher abgelehnt

Wieder einmal wiesen die Hartz-IV-Parteien SPD, Grüne, CDU und FDP im Kreistag einen Vorstoß der Fraktion DIE LINKE ab, die Verwaltungspraxis im Kreisjobcenter (KJC) menschlicher zu gestalten. DIE LINKE forderte, Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher zumindest bis zu einer gesetzlichen Neuregelung von Hartz IV auszusetzen.

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar, das die Regelleistungen bei Hartz IV für verfassungswidrig befand, findet die bundesweite Bewegung für ein Sanktionsmoratorium immer stär-

keren Zuspruch. Ein Kreis von Menschen aus Erwerbsloseninitiativen, Parteien, Kirchen und der Wissenschaft wie Dr. Franz Segbers, Dr. Stephan Lessenich, Markus Kurth (MdB Grüne), Katja Kipping (MdB DIE LINKE) oder Franziska Drohsel (Jusos) haben ein „Bündnis für ein Sanktionsmoratorium“ zu Wege gebracht.

Der gemeinsame Nenner des Bündnisses ist das Ziel, die Drangsalierung von erwerbslosen und in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern so schnell wie möglich zu beenden. Auf der Grundlage eines

Sanktionsstopps soll in einer breiten öffentlichen Debatte über die Problematik von Strafen, die ein Leben unter dem Existenzminimum zur Folge haben, und über Alternativen zur gegenwärtigen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nachgedacht werden.

Dieses Anliegen stieß im Kreistag auf taube Ohren. Dr. Carsten McGovern, Sozialdezernent des Landkreises, verstieg sich sogar zu der Behauptung, ein Sanktionsmoratorium bräche geltendes Recht. Das Gegenteil ist richtig: Laut Bundesverfassungsgericht haben Regelsätze das verfassungsrechtlich garantierte materielle Existenzminimum zu gewährleisten. Kürzungen dieser Regelsätze durch das KJC sind somit verfassungswidrig. Ergo: Wer ist hier Rechtsbrecher und Verfassungsfeind? *Hajo Zeller*

Zahl der Armen wächst

Trotz neuer Jobs boomt Zahl der Hartz-IV-Bezieher im Kreis

Fortsetzung von S. 1

Die größte Gruppe der Armen ist zweifellos die der Hartz-IV-EmpfängerInnen, d.h. Menschen, die Arbeitslosengeld II (ALG II) oder Sozialgeld beziehen. Ihre Zahl stieg seit 2005 um 6,6 Prozent auf 15.002 im Jahr 2009. In Hessen betrug der Zuwachs nur 0,6 Prozent und bundesweit nahm die Zahl sogar um 5,2 Prozent ab. Die Erfolgsmeldungen des Kreis-JobCenters entpuppen sich somit als heiße Luft. Die Zahl der Betroffenen steigt überdurchschnittlich, obwohl im Kreis Marburg-Biedenkopf die Zahl der Arbeitsplätze besonders stark zugenommen hat.

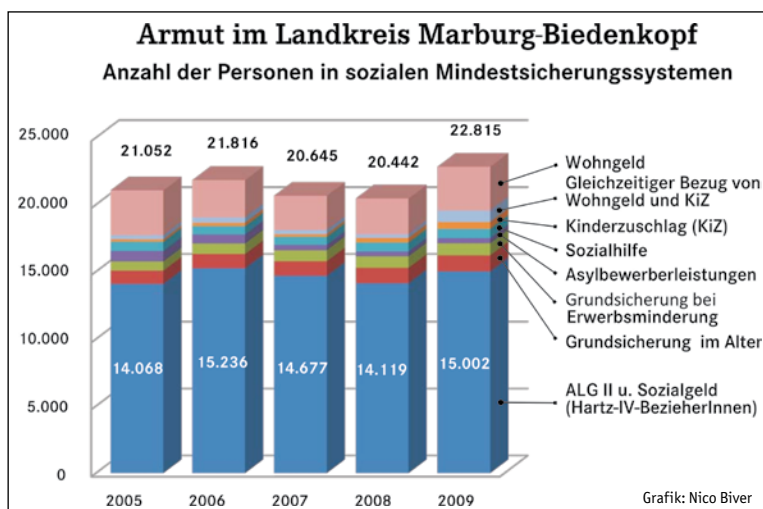
Die Bilanz wäre noch negativer, wenn es den Kinderzuschlag (KiZ) und das Wohngeld nicht gäbe. Alle Familien, die den KiZ beziehen, würden sonst in Hartz IV abrutschen. Geht man von den bundesweiten Zahlen aus, dürften bei uns 2005 knapp 500 Personen und 2009 1.400 vom KiZ profitiert haben. Zählt man diese zu den Hartz-IV-EmpfängerInnen dazu, beträgt der Zuwachs 12,5 Prozent. Bemerkenswert: Trotz KiZ steigt die Zahl der Kinder in Hartz-IV-Familien zwischen 2005 und 2009 an, um 366 auf 4.153.

2009 trat zudem eine Wohngeldreform in Kraft. Das Bundesbau-

ministerium geht davon aus, dass „viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigem Einkommen daher nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen“ sind. Dennoch stieg 2009 die Zahl der Hartz-IV-Betroffenen um fast tausend.

Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass immer mehr Menschen so wenig verdienen, dass sie zusätzlich ALG II brauchen. Ende 2009 gab es 2.923 Aufstocker im Kreis.

Will man das Ausmaß der Armut ermesen, muss man zu den Hartz-IV-BezieherInnen die Menschen addieren, die Sozialhilfe und eine Grundsicherung im Alter oder bei voller Erwerbsminderung beziehen. Die Höhe dieser Leistungen liegt auf Hartz-IV-Niveau. Noch weniger erhalten Menschen, die auf das Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen sind. Die Zahl der Wohngeldbezieher dürfte von etwa 3.700 Personen im Jahr 2005 auf etwa 4.100 im letzten Jahr angestiegen sein. Nach Abzug von Doppelzählungen (gleichzeitiger KiZ- und Wohngeldbezug) steigt die Gesamtzahl der Menschen, die eine Mindestsicherung erhalten, von 21.052 Personen im Jahr 2005 auf 22.815 im Jahr 2009, ein Zuwachs von 8,4 Prozent. Das sind 9,1 Prozent der Bevölkerung im Kreis. *Nico Biver*



Termine

Regelmäßige Termine

im Linken Zentrum
Frankfurter Straße 15, Marburg

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 2. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr

► Erweiterte **Fraktion Marburger Linke**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, donnerstags, 19.30 Uhr

► **SDS.die linke** Hochschulgruppe dienstags, 20.00 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 25.6.2010

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Frankfurter Str. 15, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Spenden

Steueroase DIE LINKE

Natürlich können Sie Ihre Steuer-Cents mit Hilfe des Bundesfinanzministers Schäuble unwiederbringlich in Hindukusch-Abenteuer oder bankrotte Banken stecken. Wenn Sie Ihr Geld aber besser anlegen möchten, geben Sie es der LINKEN.

Wenn Sie Schäuble die Spendenbescheinigung, die Sie von uns erhalten, zukommen lassen, zieht er Ihnen die Hälfte der Summe von Ihrer Einkommensteuer ab.

Spendenkonto:
DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr.: 176 239 07

Volksbank Mittelhessen
(BLZ 513 900 00)

Detaillierte Auswertung:

www.die-linke-marburg.de/armut.pdf

Das Letzte

Entlastung

Oberbürgermeister Egon Vaupel macht sich wieder Gedanken, wie die Unternehmen noch stärker entlastet werden können. Bereits 2008 hatte er als „Signal an die Wirtschaft“ den Gewerbesteuerhebesatz von 400 auf 370 Punkten lassen. Damit wurden jährlich 5 bis 7 Mio. Euro an Novartis, CSL Behring, die DVAG und andere Konzerne verschenkt. Wie sich jetzt heraus stellte, war man bei Personengesellschaften übers Ziel hinausgeschossen. Wegen der Verrechnung der Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer würden sie weniger Steuern zahlen, wenn der Hebesatz um 10 Punkte höher läge – was Vaupel deshalb vorschlägt.

Dass die Unternehmen bereits 2008 durch die rot-schwarze Bundesregierung erheblich „entlastet“ wurden, hat sich in Marburg erst jetzt rumgesprochen. Durch die Unternehmensteuerreform sank die Gesamtsteuerbelastung der Kapitalgesellschaften etwa um ein Viertel. Dies schlägt sich jetzt mit Verlusten von über 10 Mio. Euro jährlich im Marburger Haushalt nieder. Vaupel schimpft deshalb auf Berlin und will 2011 eine fünfprozentige Haushaltssperre einführen, um ein Defizit von 8 Mio. Euro auszugleichen.

Dabei wäre es ausreichend, die Steuergesamtheiten ein Stück zurück zu nehmen. Der Hebesatz der Gewerbesteuer sollte etwa auf Gießener Niveau erhöht werden. 430 Punkte brächten jährlich Mehreinnahmen von über 10 Mio. Euro. Die Gesamtsteuerbelastung der Kapitalgesellschaften läge dann mit 31 Prozent noch immer weit unter dem Satz von 39 Prozent des Jahres 2007.

Dadurch gäbe es kein Defizit mehr im Marburger Haushalt, Ein-Euro-Jobber bekämen reguläre Arbeitsplätze und die Kindergärten wären gebührenfrei. Und die Armen und Arbeitslosen, die in der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters keine Erwähnung fanden, könnten Hoffnung schöpfen, dass auch sie mal entlastet werden. Nico Biver

Schadstoffe überschreiten Grenzwerte

Bürgerinitiative gegen die Lärm- und Abgasbelastungen der Stadtautobahn gegründet

Am 8. Juni präsentierte Dr. Michael Weber, Stadtverordneter der Marburger Linken, auf der Sitzung der AG Verkehr der Lokalen Agenda 21 eine Auswertung der Messdaten von Luftschadstoffen in der Universitätsstraße Marburg. Die Daten der Messstation, die vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie betrieben wird, belegen eindeutig eine systematische Überschreitung des Grenzwertes für Stickstoffdioxid (NO₂). Seit dem Jahr 2005 wurde dieser Grenzwert dort noch nicht ein einziges Mal eingehalten.

Wie die Werte an der stark frequentierten Stadtautobahn aussehen – über 42 000 Fahrzeuge täglich – kann nur vermutet werden, da es dort keine Messstation gibt. Ob Grenzwerte für Schadstoffe, die in der Atemluft nichts verloren haben, weil sie krebserregend sind, überhaupt sinnvoll sind, mag dahingestellt sein. Fest steht, dass in Marburg permanent gegen geltende

Vorschriften der EU und des Bundesimmissionschutzgesetzes (BImSchG) verstoßen wird.

Was tun? Die Fraktion Marburger Linke im Stadtparlament forderte im letzten Jahr, während der Umbauarbeiten in der Universitätsstraße den Autoverkehr in der Innenstadt auf Anlieger zu beschränken. Das zeitlich begrenzte Pilotprojekt sollte belastbare Daten unter den Bedingungen von reduziertem Autoverkehr liefern. Der Antrag wurde abgelehnt.

Eine deutliche Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und damit eine erhebliche Verringerung des Autoverkehrs, ist ebenfalls ein Lösungsansatz. Die Attraktivität des ÖPNV kann zum Beispiel dadurch erhöht werden, dass die öffentlichen Verkehrsmittel für die Nutzer kostenfrei sind. Hierzu sind insgesamt etwa 12 Millionen Euro jährlich zu finanzieren. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer, eine Nahverkehrsab-

gabe oder andere Umlageverfahren können die Finanzierung sicherstellen. Die Unternehmen leisteten über die höhere Gewerbesteuer einen Beitrag, die Attraktivität Marburgs deutlich zu steigern und erleichterten ihren Mitarbeitern den Weg zum Arbeitsplatz.

Eine Bürgerinitiative, die sich nach der Sitzung der AG Verkehr der Lokalen Agenda 21 am 8. Juni gründete, will nun nach konkreten Möglichkeiten suchen, die Belastung durch Lärm und Abgase in Marburg zu verringern. Kostenloser ÖPNV in Marburg, ein Bürgerbegehren zur Durchsetzung eines Ideenwettbewerbs zur Lösung der B3a-Problematik, aber auch Strategien zur Verkehrsvermeidung werden dabei ganz oben auf der Agenda stehen.

Dr. Michael Weber

Die Daten der Luftmessstationen sind öffentlich zugänglich unter:

www.hlug.de/medien/luft/messnetz

Kontaktadresse BI:

BI-B3a@molecular-systems.org

Eberhard Dähne gestorben



Am 30. April erhoben sich die Stadtverordneten zum Gedenken an Eberhard Dähne, der wenige Tage zuvor in Frankfurt am Main verstorben war, von ihren Plätzen. Mit ihm verbindet sich die Erinnerung an eine bewegte Zeit der Marburger Kommunalpolitik.

Eberhard Dähne, 1938 geboren, war zunächst Landwirtschaftsgehilfe, studierte Agrarwissenschaft und war 1961/62 Bundesvorsitzender des SDS, von dem sich die SPD

damals trennte. 1963 kam er nach Marburg. 1968 war er Spitzenkandidat einer 1966 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition“ (ASO) für die Stadtverordnetenversammlung. Mit 3,5 Prozent erhielt sie kein Mandat, aber die Stimmen, die sie der SPD abgewonnen hatte, veranlassten diese, in der Fernwirkung ihren Oberbürgermeister auszuwechseln. 1972 kam Eberhard Dähne auf der Liste der DKP in die Stadtverordnetenversammlung. 1974 konnte deren Stimmenanteil auf 9,1 Prozent gesteigert werden, 1977 auf 10,3.

Mit Eberhard Dähne sind die erfolgreichen Abwehrbewegungen gegen Stadtzerstörung verbunden. Der Bau einer mehrspurigen Auto-Brücke über das Gelände des ehemaligen Schlachthofs (heute: Marburg-Mitte) und einer Chaussee durchs Südviertel konnten verhindert werden.

1979 legte Eberhard Dähne sein Mandat nieder und ging nach Frankfurt/Main, wo er 2001 bis

2006 parteiloser Stadtverordneter der PDS/Linke war. Er hat mit dazu beigetragen, dass die Riederwaldsiedlung heute unter Denkmalschutz steht.

Für alle, die Eberhard Dähne kannten und von ihm lernten, wird er unvergessen bleiben.

Georg Fülberth

**Etwas bewegen:
Mitglied werden!**

Ich will Mitglied der LINKEN werden. Schicken Sie mir die notwendigen Unterlagen.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

oder direkt unter:

die-linke.de/mitgliedschaft